

Nr. 19/573

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Jugend im Parlament 26. bis 30. September 2016
Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 2. November 2016
(Drucksache [19/813](#))
2. 20. Tätigkeitsbericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung
der Gleichberechtigung der Frau, 2014 bis 2015
Mitteilung des Senats vom 6. September 2016
(Drucksache [19/726](#))
3. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum
20. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2014 bis
31. Dezember 2015, Mitteilung des Senats vom 6. September 2016,
Drucksache [19/726](#)
vom 15. November 2016
(Drucksache [19/833](#))
4. Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in
den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. November 2016
(Drucksache [19/842](#))
5. Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen - Zukunftsfähigkeit Bremer Ab-
schlüsse sichern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/854](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 8. Februar 2017
(Drucksache [19/934](#))
6. Häusliche Gewalt in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/855](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2017
(Drucksache [19/892](#))
7. Erschütterungen durch Bahnverkehr berücksichtigen - Lärmmessstelle
einrichten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. Dezember 2016
(Drucksache [19/869](#))

8. Bahnlärm in Bremen: Ohren zu und durch?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Dezember 2016
(Drucksache [19/875](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/942](#))
9. Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfängerinnen/Empfänger im Land Bremen 2014 bis 2016
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Dezember 2016
(Drucksache [19/883](#))
10. Handwerk in Bremen - Sachstand, Probleme und Zukunft
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Dezember 2016
(Drucksache [19/884](#))
11. Vergabe von Lehraufträgen an bremischen Hochschulen halbjährlich auflisten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. April 2016
(Drucksache [19/399](#))
12. Vergabe von Lehraufträgen an bremischen Hochschulen halbjährlich auflisten
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 9. Januar 2017
(Drucksache [19/887](#))

Nr. 19/574

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Trumps Abschottungspolitik - Schaden vom Standort Bremen abwenden.“

Nr. 19/575

Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum August 2013 bis April 2016 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2016
(Drucksache 19/778)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/576

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2016
(Drucksache [19/867](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 19/577

Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 3. November 2016
(Drucksache [19/819](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/578

Vollverschleierung von Frauen verfassungskonform unterbinden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2017
(Drucksache [19/920](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/579

Vollverschleierung aktiv unterbinden

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 2017
(Drucksache [19/921](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/580

Aufklärung und Emanzipation statt Verbot von Vollverschleierung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Februar 2017
(Drucksache [19/945](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt ein Verbot der Vollverschleierung aufgrund der Gefahr der weiteren Entfremdung der Frauen von unserer freiheitlichen Gesellschaftsform ab und unterstützt stattdessen insbesondere die Angebote von Frauenberatungseinrichtungen und allen Stadtteileinrichtungen, die Frauen - gleich welcher Konfession oder konfessionslos - darin bestärkt, gleichberechtigt und frei von Zwang ihr Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten. Die Vollverschleierung der Frau ist keine religiöse Vorschrift des Islams. Sie ist Ausdruck einer überkommenen patriarchalen Tradition, der allerdings nicht durch Verbot und Strafe, sondern

durch Aufklärung und Förderung der Emanzipation von Frauen entgegenwirkt werden kann.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Instrumentalisierung der Vollverschleierung für populistische Hetze und Verbreitung antimuslimischer Ressentiments ausdrücklich ab.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Überzeugung, dass sich junge Menschen, Jungen und Mädchen frei entfalten können müssen. Deshalb fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, bei zukünftigem Bedarf alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Vollverschleierung von Schülerinnen an Bremer Schulen auszuschließen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung aller Bemühungen in Jugendeinrichtungen, Vereinen und Initiativen, in denen das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft diskutiert, aktiv gelebt und gestaltet wird. Im Dialog und in der Auseinandersetzung können insbesondere junge Menschen, Mädchen wie Jungen, Frauen wie Männer, die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben finden.

Nr. 19/581

Sexualisierte Gewalt: Betroffene Mädchen und Jungen brauchen klaren Rechtsanspruch auf Beratung!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. November 2016
(Drucksache [19/837](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich mittels einer Bundesratsinitiative für die Verankerung eines sozialgesetzlichen Rechtsanspruchs für von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche auf niedrigschwellige Beratung durch qualifizierte Fachkräfte einzusetzen. Bei der Unterstützung durch Beratung sollten auch Personen aus den Familien der jungen Menschen oder ihrem sonstigen sozialen Umfeld eingebunden werden können.

Der Bürgerschaft (Landtag) ist bis Juni 2017 zu berichten.

Nr. 19/582

Beratungsangebote für Opfer sexueller Gewalt angemessen ausstatten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2017
(Drucksache [19/916](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 19/583

„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache [19/18](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/584

Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/585

„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern!

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 17. November 2016
(Drucksache [19/838](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 19/586

Werden straffällige Ausländer konsequent zurückgeführt?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. November 2016
(Drucksache [19/839](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2017

(Drucksache [19/890](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/587

Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 28. November 2016
(Drucksache [19/850](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/588

Alkohol darf keine Versuchung an der Supermarktkasse sein

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/851](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine gemeinsame Initiative mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel einzusetzen, die es zum Ziel hat, das Angebot von alkoholhaltigen Getränken im unmittelbaren Wartebereich der Einzelhandelskasse einzustellen.

Nr. 19/589

Traditionsschifffahrt erhalten und unterstützen

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Februar 2017
(Neufassung der Drucksache [19/870](#) vom 9. Dezember 2016)
(Drucksache [19/940](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Traditionsschifffahrt sowohl für das Land Bremen als auch für Deutschland von großer Bedeutung ist und als Kulturgut und touristisches Aushängeschild Anerkennung verdient.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auch über die Beteiligung am Entschließungsantrag im Bundesrat zum Erhalt der Traditionsschifffahrt hinaus für eine angemessene Neugestaltung der „Verordnung zur Änderung der schiffssicherheitsrechtlichen Vorschriften über Bau und Ausrüstung von Traditionsschiffen und anderen Schiffen, die nicht internationalen Schiffssicherheitsregeln unterliegen“ im Interesse der Sicherung der Traditionsschifffahrt in Deutschland und in Bremen einzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich dafür einzusetzen, dass Gespräche gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und den Betreibern bzw. dem Dachverband der Gemeinsamen Kommission für Historische Wasserfahrzeuge (GSHW) über eine umsetzbare, von allen Seiten getragene Sicherheitsverordnung, die die Besonderheiten aller historischen Wasserfahrzeuge/traditionellen Schiffe und deren Betriebsform berücksichtigt, geführt werden. Die Ergebnisse sollen in der Ausgestaltung der Vorschriften angemessen einfließen. Bis dahin soll die derzeitig geltende Sicherheitsrichtlinie Bestand haben.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich beim BMVI dafür einzusetzen, dass die norddeutschen Länder an der weiteren Ausgestaltung der Sicherheitsverordnung beteiligt werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 2. Quartal 2017 zu berichten.

Nr. 19/590

Sicherheitsvorschriften für Traditionsschiffe mit Augenmaß umsetzen und anwenden

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 10. Januar 2017
(Drucksache [19/888](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/591

Unterstützungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. November 2016
(Drucksache [19/843](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2017

(Drucksache [19/926](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/592

20. KEF-Bericht

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/434](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/593

20. KEF-Bericht

Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 15. Dezember 2016
(Drucksache [19/882](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wis-
senschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/594

38. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

vom 11. März 2016
(Drucksache [19/330](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 38. Jahresbericht der Landesbeauf-
tragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 19/595

Stellungnahme des Senats zum „38. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz“

Mitteilung des Senats vom 30. August 2016
(Drucksache [19/718](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 38.
Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 19/596

Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 38. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 10. März 2016 (Drs. [19/330](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 30. August 2016 (Drs. [19/718](#))

vom 17. Januar 2017
(Drucksache [19/905](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/597

Zehnter Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

vom 11. März 2016
(Drucksache [19/331](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Zehnten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/598

Stellungnahme des Senats zum „Zehnten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit“

Mitteilung des Senats vom 30. August 2016
(Drucksache [19/719](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum Zehnten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/599

Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Zehnten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 10. März 2016 (Drs. [19/331](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 30. August 2016 (Drs. [19/719](#))

vom 17. Januar 2017
(Drucksache [19/906](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/600

Klare Rahmenbedingungen für Social Media in der Schule - Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Januar 2017
(Drucksache [19/913](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/601

Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2017

(Drucksache [19/925](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/602

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 16

vom 10. Februar 2017

(Drucksache [19/936](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/603

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sahhanim G ö r g ü - P h i l i p p

anstelle der Abgeordneten Susanne Wendland zum Mitglied und Herrn

Dr. Stephan S c h l e n k e r

anstelle der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 19/604

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Kabire Y i l d i z

anstelle der Abgeordneten Susanne Wendland zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 19/605

Freifunk-Initiativen als gemeinnützig einstufen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Februar 2017

(Drucksache [19/944](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt das ehrenamtliche Engagement von Freifunk-Initiativen an und fordert den Senat auf, sich der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur umfassenden Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen anzuschließen.